

„Ein Haufen Klimaschutzstrategien“

120 Teilnehmer bei Zoom-Informationsveranstaltung zum Kiesabbau in Würmtaler Wäldern

VON NICOLE KALENDA

Würmtal – Die geplanten Kiesabbauprojekte in Würmtaler Wäldern treiben die Bürger unverändert um. 120 Teilnehmer zählten die Organisatoren am Donnerstag bei einer Informationsveranstaltung via Zoom, darunter Gemeinderäte aus Gräfelfing, Neuried, Krailling und Planegg. „Ich bin überwältigt, wie viel Resonanz wir bekommen haben“, so Malwina Andrassy, kommissarische Vorsitzende der Ortsgruppe Würmtal-Nord des Bund Naturschutz.

Eingeladen hatten neben Bund Naturschutz und Grünzug-Netzwerk Würmtal gleich ein ganzer Schwung von Organisationen, etwa die Grünen München, ÖDP, München Liste und Hadern Energie. Zu den Referenten zählte André Horenburg von der Hamburger Kanzlei Rechtsanwälte Günther, die auf Umweltrecht und Planungsrecht spezialisiert ist und im Frühjahr gemeinsam mit Kollegen erreicht hatte, dass das Bundesverfassungsgericht das Bundesklimaschutzgesetz teilweise mit dem Grundgesetz für unvereinbar erklärte.

Die Kanzlei erstellte bereits eine Stellungnahme zum Forst Kasten, wo auf 9,5 Hektar einer 42 Hektar großen Vorrangfläche im Eigentum der Heiliggeistspital-Stiftung

Kies abgebaut werden soll. Nach Ansicht der Juristen wäre eine Rodung rechtswidrig. Das Grünzug-Netzwerk Würmtal hat Rechtsanwälte Günther außerdem in Sachen Lochhamer Schlag mit der Begleitung beauftragt, wo die Bernhard Glück Kies-Sand-Hartsteinsplitt GmbH auf 11,4 Hektar Kies abbauen

möchte. Der Wunsch, dort Kies aus dem Boden zu holen, ist Jahrzehnte alt. Schon in den 80er Jahren wurde darum gerungen, wie Herbert Stepp, Vorsitzender des Grünzug-Netzwerks Würmtal, anhand von Zeitungsausschnitten zeigte.

Beide Gebiete liegen im Bannwald und Regionalen

Grünzug. Horenburg erklärte, „warum wir glauben, dass das nicht mehr genehmigungsfähig ist“. Er sagte: „Ganz wichtig ist die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, dass Klimaschutz ein Menschenrecht ist.“ Es gebe viele neue rechtliche Normen und „einen Haufen Klimaschutzstrate-

gien auf allen Ebenen, die wir anführen können“. Sobald die Öffentlichkeit beteiligt wird, wird die Kanzlei die Antragsunterlagen für eine Abtragungsgenehmigung sichten und voraussichtlich eine Stellungnahme erarbeiten. Bis es so weit ist, können Monate vergehen. Sollte das Landratsamt die Genehmi-

gung erteilen, erwägt der Bund Naturschutz eine Klage. Auch beim Kiesabbau in Forst Kasten sind keine schnellen Entscheidungen vonseiten des Landratsamts zu erwarten. Hier stand der Antrag auf Abtragungsgenehmigung durch die Firma Gebrüder Huber Bodenrecycling GmbH aus Neuried zuletzt noch aus.



Demonstrationen und Unterschriftenübergaben: Malwina Andrassy zeigte in einer Collage, was sich die Gegner des Kiesabbaus in Waldgebieten in den vergangenen drei Jahren alles an Protestaktionen haben einfallen lassen.

SCREENSHOT: NIK